

Wirtschaftsgipfel Versailles

Treffen der Staats- und Regierungschefs
vom 4. bis 6. Juni 1982

Erklärung der sieben Staats- und Regierungschefs und der Vertreter der Europäischen Gemeinschaften

Im Verlauf unserer Zusammenkunft in Versailles haben wir ein vertieftes gegenseitiges Verständnis der Weltwirtschaftslage erreicht und uns auf eine Reihe von Zielsetzungen für unser künftiges Vorgehen zu ihrer Verbesserung verständigt.

Wir stellen fest, daß eine Verbesserung der Lage durch weitere Eindämmung der Inflation und Rückkehr zu solidem Wachstum und höherer Beschäftigung uns besser in Stand setzen würde, gemeinsam unsere Sicherheit zu gewährleisten, das Vertrauen auf die demokratischen Wertvorstellungen zu erhalten, zu denen wir uns alle bekennen, und das kulturelle Erbe unserer Völker in ihrer ganzen Vielfalt zu wahren. Vollbeschäftigung, Preisstabilität und nachhaltiges, ausgewogenes Wachstum sind ehrgeizige Ziele. In den kommenden Jahren lassen sie sich nur dann erreichen, wenn wir eine Politik verfolgen, die die produktive Investition und den technischen Fortschritt fördert, wenn wir über unsere jeweiligen Einzelanstrengungen hinaus bereit sind, unsere Kräfte zu vereinen, wenn jedes Land auf die Auswirkung seiner politischen Maßnahmen auf die anderen achtet und wenn wir in Zusammenarbeit die Entwicklung in der Welt vorantreiben.

In diesem Geiste haben wir beschlossen, die fünf folgenden Grundlinien in die Tat umzusetzen:

- Wachstum und Beschäftigung müssen verstärkt werden. Das läßt sich dauerhaft erreichen, wenn unser anhaltender Kampf gegen die Inflation erfolgreich ist. Dies wird auch die heute unerträglich hohen Zinssätze senken und stabilere Wechselkurse herbeiführen helfen. Um diese wesentliche Senkung der realen Zinssätze zu erreichen, werden wir vordringlich eine zurückhaltende Geldpolitik verfolgen und die Haushaltsdefizite stärker unter Kontrolle bringen. Es kommt darauf an, unsere

wirtschafts- und währungspolitische Zusammenarbeit zu intensivieren. Dabei werden wir auf eine konstruktive und geordnete Entwicklung des Weltwährungssystems hinwirken, indem die Behörden, die die Währungen Nordamerikas, Japans und der Europäischen Gemeinschaft vertreten, beim Verfolg der mittelfristigen wirtschafts- und währungspolitischen Zielsetzungen enger zusammenarbeiten. In dieser Beziehung übernehmen wir die in der anliegenden Erklärung enthaltenen Verpflichtungen.

- Ein Anwachsen des Welthandels in all seinen Aspekten ist ein notwendiges Element für das Wachstum in jedem Lande und zugleich eine Folge dieses Wachstums. Wir bekräftigen unser Bekenntnis zur Stärkung des offenen multilateralen Handelssystems, wie es sich im GATT darstellt, und zur Aufrechterhaltung seines wirksamen Funktionierens. Um Stabilität und Beschäftigung durch Handel und Wachstum zu fördern, werden wir uns protektionistischem Druck und handelsverzerrenden Praktiken widersetzen. Wir sind entschlossen, die Arbeit der Tokyo-Runde zu vollenden und das GATT besser in Stand zu setzen, derzeitige und künftige Handelsprobleme zu lösen. Desgleichen werden wir auf eine weitere Öffnung unserer Märkte hinarbeiten. Wir werden mit den Entwicklungsländern zusammenarbeiten, um das multilaterale System zu stärken und zu verbessern und die Chancen für den Handel insbesondere mit den neuen Industrieländern zu erweitern. An der bevorstehenden GATT-Ministertagung werden wir unein-

Inhalt

Wirtschaftsgipfel Versailles

Erklärung der sieben Staats- und Regierungschefs und der Vertreter der Europäischen Gemeinschaften	469
Erklärung über Verpflichtungen im Weltwährungsbereich	471
Libanon-Erklärung	471
<i>Bundesminister Rainer Offergeld</i> Entwicklungspolitik im Zeichen weltwirtschaftlicher und weltpolitischer Veränderungen	472

geschränkt mitwirken, damit konkrete Schritte auf dem Wege zu diesen Zielen unternommen werden können. Wir streben eine baldige Einigung über die Verlängerung des OECD-Ausfuhrkreditkonsenses an.

Wir sind übereingekommen, gegenüber der UdSSR und Osteuropa ein vernünftiges und nuanciertes wirtschaftliches Vorgehen einzuschlagen im Einklang mit unseren politischen und sicherheitspolitischen Interessen. Hierzu gehört das Vorgehen in drei Schlüsselbereichen.

Erstens werden unsere Vertreter im Anschluß an die internationalen Erörterungen vom Januar bei der Verbesserung des internationalen Systems für die Kontrolle der Ausfuhr strategischer Güter in diese Länder und der nationalen Durchsetzung von Sicherheitskontrollen zusammenarbeiten.

Zweitens werden wir in der OECD Informationen über alle Aspekte unserer Wirtschafts-, Handels- und Finanzbeziehungen mit der Sowjetunion und Osteuropas austauschen.

Drittens sind wir unter Berücksichtigung der bestehenden wirtschaftlichen und finanziellen Erwägungen übereingekommen, Finanzbeziehungen mit der UdSSR und anderen osteuropäischen Staaten vorsichtig zu handhaben, um sicherzustellen, daß sie auf einer gesunden wirtschaftlichen Basis gestaltet werden, einschließlich der Notwendigkeit kommerzieller Vernunft auch bei einer Begrenzung der Ausfuhrkredite. Die Entwicklung der Wirtschafts- und Finanzbeziehungen unterliegt einer regelmäßigen nachträglichen Prüfung.

- Der von uns bereits erzielte Fortschritt schmälert nicht die Notwendigkeit anhaltender Bemühungen um Einsparung von Energie, insbesondere mit Hilfe des Preismechanismus, und um die Förderung alternativer Energiequellen einschließlich der Kernenergie und der Kohle in einer Langzeitperspektive. Diese Bemühungen werden uns in die Lage versetzen, unsere Anfälligkeit für Unterbrechungen der Energieversorgung und für Preisinstabilität weiter zu verringern. Die Zusammenarbeit bei der Entwicklung neuer Energietechnologien und der Stärkung unserer Fähigkeit, Störungen zu meistern, kann zu unserer gemeinsamen Energiesicherung beitragen. Wir werden auch auf eine Stärkung unserer Zusammenarbeit mit den ölexportierenden und den ölimportierenden Entwicklungsländern hinarbeiten.

- Das Wachstum in den Entwicklungsländern und ein vertieftes konstruktives Verhältnis mit ihnen sind für das politische und wirtschaftliche Wohlergehen der ganzen Welt von ausschlaggebender Bedeutung. Es ist

deshalb wichtig, ein hohes Volumen der Kapitalströme und der öffentlichen Entwicklungshilfe aufrechtzuerhalten und ihren Umfang und ihre Wirksamkeit soweit wie möglich zu steigern und dabei die Verantwortlichkeit unter allen Ländern, die einen Beitrag leisten können, soweit wie möglich aufzuteilen.

Die Eröffnung globaler Verhandlungen in naher Zukunft ist ein bedeutsames politisches Ziel, dem alle Teilnehmer an der Gipfelkonferenz zustimmen. Der zuletzt von der Gruppe der 77 verteilte Entschließungsentwurf ist hilfreich, und bei einer Erörterung in Versailles zeigte sich allgemeines Einvernehmen, daß er die Grundlage für Konsultationen mit den beteiligten Ländern abgibt. Wir glauben, daß nunmehr gute Aussicht auf baldiges Zustandekommen und Erfolg der globalen Verhandlungen besteht, sofern die Unabhängigkeit der Sonderorganisationen gewährleistet ist. Gleichzeitig sind wir bereit, die praktische Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern fortzusetzen und zu entwickeln durch Neuerungen innerhalb der Weltbank, Unterstützung der Arbeit der regionalen Entwicklungsbanken, Fortschritte bei der Bekämpfung der Instabilität von Rohstoffexporterlösen, Förderung des Privatkapitalzustroms einschließlich internationaler Abmachungen für die Verbesserung der Bedingungen für Privatinvestitionen sowie weitere Konzentrierung der öffentlichen Entwicklungshilfe auf die ärmeren Länder. Deswegen halten wir zeitweilige Sonderabmachungen zur Bewältigung der Finanzierungsprobleme bei IDA VI (Internationale Entwicklungsbank) sowie für einen baldigen Beginn der Beratungen über IDA VII für notwendig. Wir werden Programme oder Abmachungen gezielt fördern, die der Erhöhung der einheimischen Nahrungsmittel- und Energieerzeugung in den Entwicklungsländern dienlich sind, die diese lebenswichtigen Güter einführen müssen, sowie Programme, die den Auswirkungen des Bevölkerungswachstums gelten.

Im Bereich der Zahlungsbilanz-Unterstützung erwarten wir auf der September-Jahrestagung des IWF Fortschritte bei der Einigung über die Aufstockung des Fonds im Rahmen der bevorstehenden 8. Quotenüberprüfung.

- Die Wiederbelebung und das Wachstum der Weltwirtschaft hängen nicht nur von unseren eigenen Anstrengungen ab, sondern auch in großem Umfang von der Zusammenarbeit unter unseren Ländern und mit anderen Ländern bei der Nutzung der wissenschaftlichen und technischen Entwicklung. Wir müssen die unermesslichen Chancen, die die neuen Technologien bieten, insbesondere für die Arbeitsplatzbeschaffung nutzen. Wir müssen Schranken, die der Entwicklung neuer

Technologien und dem Handel mit ihnen sowohl im öffentlichen wie im privaten Sektor entgegenstehen, beseitigen und diese Entwicklung und diesen Handel fördern. Unsere Länder müssen Männer und Frauen an den neuen Technologien ausbilden und die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Voraussetzungen schaffen, damit diese Technologien sich entwickeln und gedeihen können. Wir haben den vom Präsidenten der Französischen Republik zu diesen Fragen vorgelegten Bericht geprüft. Hierzu haben wir beschlossen, alsbald eine Arbeitsgruppe aus Vertretern unserer Regierungen und der Europäischen Gemeinschaft einzusetzen, die in enger Konsultation mit den geeigneten internationalen Einrichtungen, insbesondere der OECD, Vorschläge ausarbeiten soll, die der Verwirklichung dieser Zielsetzungen dienen. Die Gruppe soll uns ihren Bericht bis 31. Dezember 1982 vorlegen. Die Schlußfolgerungen dieses Berichts und der sich daraus ergebende Handel werden beim nächsten Weltwirtschaftsgipfel geprüft werden, der 1983 in den Vereinigten Staaten stattfinden soll.

Erklärung über Verpflichtungen im Weltwährungsbereich

1.

Wir bekennen uns zu einer gemeinsamen Verantwortung für größere Stabilität im Weltwährungssystem. Wir wissen, daß dies in erster Linie eine auf Konvergenz gerichtete Politik mit dem Ziel einer Reduzierung der Inflation, einer Erhöhung des Beschäftigungsstandes und eines erneuerten Wirtschaftswachstums erfordert, damit der Wert unserer Währung nach innen und außen erhalten bleibt. Wir sind entschlossen, dieser Verpflichtung in enger Zusammenarbeit mit allen interessierten Ländern und Währungs-Institutionen gerecht zu werden.

2.

Wir messen der Rolle des IWF als Währungsbehörde große Bedeutung bei und werden ihm bei seinen Bemühungen zur Förderung der Stabilität unsere volle Unterstützung gewähren.

3.

Wir sind zu einer Verstärkung unserer Zusammenarbeit mit dem IWF bei seiner Überwachungsaufgabe bereit und wollen dies auf multilateraler Basis unter besonderer Berücksichtigung der fünf Währungen entwickeln, die die Sonderziehungsrechte bilden.

4.

Wir schließen den Einsatz unserer Wechselkurse zur Erlangung unlauterer Wettbewerbsvorteile aus.

5.

Wir sind bereit, gemäß Artikel IV des Abkommens über den IWF auf den Devisenmärkten zu intervenieren, falls erforderlich, um ungeordneten Marktverhältnissen zu begegnen.

6.

Die EWS-Mitglieder unter uns sind der Auffassung, daß diese Zusagen die bereits in diesem Rahmen eingegangenen Stabilitätsverpflichtungen ergänzen.

7.

Wir alle sind überzeugt, daß größere Währungsstabilität dem freien Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalfluß zugute kommt. Wir sind entschlossen, dafür zu sorgen, daß sich größere Währungsstabilität und freierer Handels- und Kapitalverkehr gegenseitig stärken, und zwar im Interesse von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung.

Libanon-Erklärung

Wir sind bestürzt über die Nachrichten aus dem Libanon und dem libanesisch-israelischen Grenzgebiet. Die Verluste von Menschenleben, das Leid und die Zerstörung berühren uns tief. Wir glauben, daß dieser neue Zyklus der Gewalt, wenn er anhält, für das gesamte Gebiet katastrophale Folgen haben kann.

Wir haben zur Kenntnis genommen, daß der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen einstimmig eine Entschließung verabschiedet hat, in der er seine tiefe Sorge wegen der Verletzung der territorialen Integrität, Unabhängigkeit und Souveränität Libanons ausdrückt und sämtliche Konfliktparteien auffordert, alle militärischen Handlungen in Libanon und über die libanesisch-israelische Grenze hinweg sofort und gleichzeitig einzustellen. Desgleichen haben wir den Appell des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Herrn Perez de Cuellar, an die Konfliktparteien und seine Botschaft an den Präsidenten der Französischen Republik als Vorsitzenden dieser Tagung zur Kenntnis genommen.

Wir unterstützen nachdrücklich die dringende Aufforderung des Sicherheitsrates und des Generalsekretärs zu sofortiger und gleichzeitiger Einstellung der Gewalt und fordern sämtliche Konfliktparteien auf, diesen Appellen Folge zu leisten, um den Frieden und die Sicherheit in der ganzen Region zu gewährleisten.

Alle unsere Regierungen werden sämtliche ihnen zu Gebote stehenden Mittel zur Erreichung dieses Ziels einsetzen.